



# Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. September 2014, Nr. 17

## Inhaltsübersicht

### Allgemeine Verfügungen

Mitteilungen in Zivilsachen Dreizehnte Änderung der am 1. Juni 1998 in Kraft getretenen Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi).....	223
Justiz-Kostenmarkenordnung (JKMO).....	233

### Bekanntmachungen

Anerkennung von Gütestellen gemäß § 45 JustG NRW.....	233
---	-----

Personalnachrichten.....	233
--------------------------	-----

Ausschreibungen.....	238
----------------------	-----

## Allgemeine Verfügungen

### Nr. 19. Mitteilungen in Zivilsachen Dreizehnte Änderung der am 1. Juni 1998 in Kraft getretenen Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)

AV d. JM vom 5. August 2014 (1430 - I. 62)  
- JMBl. NRW S. 223 -

#### I.

Die Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) - AV d. JM vom 14. Mai 1998 (1430 - I B. 40) - JMBl. NRW S. 133 -, zuletzt geändert durch AV d. JM vom 30. Juli 2012 (1430 - I. 59) - JMBl. NRW S. 207 -, wird wie folgt geändert:

#### 1.

Das **Abkürzungsverzeichnis**, das der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) vorangestellt ist, wird wie folgt geändert:

#### 1.1

Nach „SchRegO“ wird eingefügt:

„SchuFV                      Verordnung über die Führung des Schuldnerverzeichnisses (Schuldnerverzeichnisführungsverordnung) v. 26. Juli 2012 (BGBl. I S. 1654)

SchuVAbdrV                Verordnung über den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis (Schuldnerverzeichnisabdruckverordnung) v. 26. Juli 2012 (BGBl. I S. 1658)“

1.2

Nach „VereinsG“ wird eingefügt:

„VermVV                      Verordnung über das Vermögensverzeichnis (Vermögensverzeichnisverordnung) v. 26. Juli 2012 (BGBl. I S. 1663)“

2.        **Allg/5**

In Absatz 2 Nummer 3 werden nach den Wörtern „einer Abschrift“ die Wörter „oder eines Ausdrucks“ eingefügt.

3.        **Allg/6**

In Absatz 3 werden nach den Wörtern „einer Abschrift“ die Wörter „oder eines Ausdrucks“ eingefügt.

4.        **I/5**

In der Überschrift wird nach dem Wort „Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes“ ein Komma eingefügt.

5.        **I/7**

5.1

In Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „37“ durch die Angabe „21“ ersetzt.

5.2

In Absatz 3 Nummer 1 erster Spiegelstrich wird die Angabe „37“ durch die Angabe „21“ ersetzt.

5.3

In der **Anmerkung** wird die Angabe

„[http://www.bzst.de/003\\_menu\\_links/017a\\_Steuerstraftaten/index.html](http://www.bzst.de/003_menu_links/017a_Steuerstraftaten/index.html)“

durch die Angabe

„[http://www.bzst.de/DE/Steuern\\_National/Mitteilung\\_von\\_Steuerstraftaten/mitteilung\\_von\\_Steuerstraftaten\\_node.html](http://www.bzst.de/DE/Steuern_National/Mitteilung_von_Steuerstraftaten/mitteilung_von_Steuerstraftaten_node.html)“ ersetzt.

6.        **I/10**

In Absatz 2 werden die Wörter „der vorläufigen Anwendungshinweise“ durch die Wörter „von Nummer 87 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift“ ersetzt.

7.        **I/11**

7.1

In Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „81 oder 82 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Angabe „101 oder 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ ersetzt.

7.2

In Absatz 1 Nummer 3 werden die Wörter „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wörter „Europäischen Kommission“ ersetzt.

7.3

In Absatz 1 Nummer 4 werden die Wörter „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wörter „Europäischen Kommission“ ersetzt.

7.4

In Absatz 4 werden die Wörter „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wörter „Europäischen Kommission“ ersetzt.

8. **II/4**

Die **Anmerkung** 3) für Thüringen wird wie folgt gefasst:

„in **Thüringen** das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz und für den bergbaulichen Bereich das Thüringer Landesbergamt Gera.“

9. **IV/1**

Die **Anmerkung** für Mecklenburg-Vorpommern wird wie folgt gefasst:

„in **Mecklenburg-Vorpommern**

- a) für Mitteilungen nach § 36 Absatz 2 SGB XII die Landräte der Landkreise sowie die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte -Sozialämter-,
- b) für Mitteilungen nach § 22 Absatz 9 SGB II die Gemeinsamen Einrichtungen bzw. im Landkreis Vorpommern-Rügen der Landrat,“

10. **VI/2**

10.1

Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Mitzuteilen sind Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO, wenn das Verfahren eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine Genossenschaft betrifft.“

10.2

Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Mitteilungen sind an die für das Amtsgericht im Sinne des § 802e ZPO zuständige Staatsanwaltschaft zu richten.“

10.3

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Mitteilungspflichtige Stelle für Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO und § 26 Absatz 2 InsO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis anordnende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird eine Eintragung gemäß § 882c ZPO von einem Gerichtsvollzieher oder gemäß § 26 Absatz 2 InsO von dem Insolvenzgericht angeordnet, setzt die anordnende Stelle bei Übermittlung der Eintragungsanordnung oder nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 3 Absatz 2 Satz 2 SchuFV) unter Angabe der Verfahrensnummer das zentrale Vollstreckungsgericht über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis. Mitgeteilt wird nur der Inhalt der Eintragung sowie die absendende Stelle.“

11. **VI/3**

11.1

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Mitzuteilen sind Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO, wenn das Verfahren eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine Genossenschaft betrifft und ein Vermögensverzeichnis vorliegt, aus dem sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Gesellschaft vermögenslos ist (§ 15 Nummer 1 EGGVG).“

11.2

Absatz 2 wird aufgehoben und der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

11.3

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Mitteilungspflichtige Stelle für Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach

§ 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO und § 26 Absatz 2 InsO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis anordnende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird eine Eintragung gemäß § 882c ZPO von einem Gerichtsvollzieher oder gemäß § 26 Absatz 2 InsO von dem Insolvenzgericht angeordnet, setzt die anordnende Stelle bei Übermittlung der Eintragungsanordnung oder nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 3 Absatz 2 Satz 2 SchuFV) unter Angabe der Verfahrensnummer das zentrale Vollstreckungsgericht über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis. Mitgeteilt wird nur der Inhalt der Eintragung sowie die absendende Stelle.“

**12. VII/4**

12.1

In Absatz 1 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:  
„(§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO, § 14 Absatz 2 SchuVAbdrV)“

12.2

In Absatz 2 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:  
„(§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO)“

**13. VII/3**

In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:  
„Gleichzeitig ist der gerichtlich festgesetzte Verkehrswert mitzuteilen.“

**14. VIII/1**

Der Unterabschnitt 1 wird aufgehoben.

**15. VIII/2**

In Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b wird die Angabe „§ 1 Absatz 4 PartGG“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 2 PartGG in Verbindung mit § 32 HGB“ ersetzt.

**16. VIII/3**

In Absatz 3 Nummer 2 wird die Angabe „§ 1 Absatz 4 PartGG“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 2 PartGG in Verbindung mit § 32 HGB“ ersetzt.

**17. VIII/4**

In Absatz 3 Nummer 2 wird die Angabe „§ 1 Absatz 4 PartGG“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 2 PartGG in Verbindung mit § 32 HGB“ ersetzt.

**18. VIII/5**

18.1

In Absatz 1 wird die Angabe „§ 915g Absatz 2 Satz 1 ZPO, § 15 Absatz 2 SchuVVO“ durch die Angabe „§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO, § 14 Absatz 2 SchuVAbdrV“ ersetzt.

18.2

In Absatz 2 wird die Angabe „§ 915g Absatz 2 Satz 1 ZPO“ durch die Angabe „§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO“ ersetzt.

**19. IX/1**

19.1

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) Mitzuteilen sind die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters, eines vorläufigen Gläubigerausschusses, die Anordnung und Aufhebung einer der in § 21 Absatz 2 Nummer 2 InsO vorgesehenen Verfügungsbeschränkungen und die Anordnung der Untersagung oder einstweiligen Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 21 Absatz 2 Nummer 3 InsO.“

19.2

In Absatz 3 wird der erste Halbsatz wie folgt gefasst:

„(3) Die Mitteilungen über die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters, eines vorläufigen Gläubigerausschusses sowie die Mitteilungen nach § 21 Absatz 2 Nummer 2 InsO sind zu richten an“

20. **IX/2**

In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 131 Absatz 2 Nummer 1“ durch die Angabe „§ 131 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

21. **IX/3**

21.1

In Absatz 3 Nummer 12 wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) die für den Apothekenbetrieb des Schuldners zuständige Behörde zur Erteilung der Apothekenerlaubnis;“

21.2

In Absatz 3 Satz 1 Nummer 13 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

21.2

In der **Anmerkung** für **Sachsen** wird die Angabe „§ 1 JuZustVO in Verbindung mit Anlage 1 Nummer 10“ durch die Angabe „§ 23 SächsJOrgVO“ ersetzt.

22. **IX/5**

22.1

In Absatz 1 wird die Angabe „§ 915g Absatz 2 Satz 1 ZPO, § 15 Absatz 2 SchuVVO“ durch die Angabe „§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO, § 14 Absatz 2 SchuVAbdrV“ ersetzt.

22.2

In Absatz 2 wird die Angabe „§ 915g Absatz 2 Satz 1 ZPO“ durch die Angabe „§ 882g Absatz 6 Satz 2 ZPO“ ersetzt.

23. **X/3**

Absatz 2 Nummer 2 wie folgt gefasst:

„In der Mitteilung sind anzugeben:

- a) der Eheame,
- b) der nicht zum Ehenamen gewordene Geburtsname oder der zur Zeit der Erklärung über die Bestimmung des Ehenamens geführte Name des anderen Ehegatten oder, falls die Ehegatten keinen Ehenamen geführt haben, die Familiennamen des Mannes und der Frau,
- c) Ort und Tag der Eheschließung,
- d) die Bezeichnung des standesamtlichen Eintrags einschließlich der Registernummer der Eheschließung,
- e) die vollständige Anschrift der Ehegatten.

Die Mitteilung kann durch Übersendung von Ablichtungen der entsprechenden standesamtlichen Urkunden, soweit sie sich bei den Akten befinden, erfolgen.“

24. **XII/1**

Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„In der Mitteilung sind anzugeben:

- a) der Lebenspartnerschaftsname,
- b) der nicht zum Lebenspartnerschaftsnamen gewordene Geburtsname oder der zur Zeit der Erklärung über die Bestimmung des Lebenspartnerschaftsnamens geführte Name des ande-

- ren Lebenspartners oder, falls die Lebenspartner keinen Lebenspartnerschaftsnamen geführt haben, die Familiennamen beider Lebenspartner,
- c) Ort und Tag der Begründung der Lebenspartnerschaft,
  - d) die Bezeichnung des Eintrags in das Lebenspartnerschaftsregister einschließlich der Registernummer der Begründung der Lebenspartnerschaft,
  - e) die vollständigen Anschriften beider Lebenspartner.

Die Mitteilung kann durch Übersendung von Ablichtungen der entsprechenden Urkunden, soweit sie sich bei den Akten befinden, erfolgen.“

25. **XIII/6**

25.1

In der Überschrift wird das Wort „Bundeszentralregister“ durch die Wörter „Bundesamt für Justiz“ ersetzt.

25.2

In Absatz 1 wird in der Klammer die Angabe „Satz 2“ gestrichen.

25.3

In Absatz 2 wird die Angabe „Bundeszentralregister (Erziehungsregister)“ durch die Wörter „Bundesamt für Justiz“ ersetzt.

26. **XIII/7**

In Absatz 1 wird das Wort „Personenstandsbuch“ durch das Wort „Personenstandsregister“ ersetzt.

27. **XIII/8**

Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Mitteilungen an das Jugendamt über die Beseitigung einer nach § 1592 Nummer 1 oder 2 BGB bestehenden Vaterschaft“**

28. **XIII/9**

Nach dem Unterabschnitt XIII/8 wird folgender Unterabschnitt eingefügt:

**„9**

**Mitteilungen an das Jugendamt über die Begründung einer gemeinsamen elterlichen Sorge im vereinfachten Verfahren nach § 155a Absatz 3 FamFG oder die Protokollierung übereinstimmender Sorgeerklärungen**

(1) Mitzuteilen sind

1. Entscheidungen, durch die im vereinfachten Verfahren nach § 155a Absatz 3 FamFG die elterliche Sorge oder ein Teil der elterlichen Sorge beiden Eltern gemeinsam übertragen wird (§ 155a Absatz 3 Satz 3 FamFG),

2. die Abgabe von Sorgeerklärungen und Zustimmungen zur Niederschrift des Gerichts (§ 1626d Absatz 2 BGB in Verbindung mit § 155a Absatz 5 FamFG).

(2) Die Mitteilung erfolgt im Fall des Absatzes 1 Nummer 1 durch Übersendung einer abgekürzten Ausfertigung der Entscheidung und im Fall des Absatzes 1 Nummer 2 durch Übersendung einer abgekürzten Ausfertigung der Niederschrift des Erörterungstermins.

(3) Die Mitteilungen sind unter Angabe des Geburtsdatums und des Geburtsorts des Kindes sowie des Namens, den das Kind zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat, an das für den Geburtsort des Kindes zuständige Jugendamt zu richten. Liegt der Geburtsort im Aus-

land oder ist er nicht zu ermitteln, sind die Mitteilungen an die für Jugend zuständige Senatsverwaltung in Berlin zu richten.“

29. **XIII/13**

In der **Anmerkung** wird in der Klammer die Angabe „01.8.2011“ durch die Angabe „01.12.2013“ ersetzt.

30. **XVI/1**

In Absatz 3 Satz 1 wird nach dem Wort „bewirken“ folgender Halbsatz eingefügt:  
„; bei Mitteilungen an das Standesamt I in Berlin ist der ausgefüllte Vordruck gemäß Anlage zu XVI/1 beizufügen.“

31. **XVII/2**

In Absatz 3 Nummer 2 wird das Wort „Sterbebuchnummer“ durch das Wort „Sterberegisternummer“ ersetzt.

32. **XVII/4**

32.1

In Absatz 1 Nummer 2 c) wird das Wort „Mitglied“ durch das Wort „Partner“ ersetzt.

32.2

In Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „des Anteils“ durch die Wörter „der Beteiligung“ ersetzt.

33. **XVII/7**

Der Unterabschnitt XVII/7 wird aufgehoben.

34. **XVIII/2**

In der **Anmerkung** für **Niedersachsen** wird die Angabe „das Niedersächsische Finanzministerium, Referat 23“ durch die Angabe „die Oberfinanzdirektion Niedersachsen, BL 4, Waterloostraße 5, 30169 Hannover“ ersetzt.

35. **XVIII/2**

In der **Anmerkung** für **Thüringen** wird die Angabe „Ludwig-Erhard-Ring 8, 99099 Erfurt“ durch die Angabe „Am Johannestor 23, 99084 Erfurt“ ersetzt.

36. **XXI/4**

36.1

In der **Anmerkung** für **Sachsen-Anhalt** wird die Angabe „Humboldtstraße 12, 39112 Magdeburg“ durch die Angabe „Zum Domfelsen 4, 39104 Magdeburg“ ersetzt.

36.2

In der **Anmerkung** für **Baden-Württemberg** wird die Angabe „Kronenstraße 2, 79100 Freiburg“ durch die Angabe „Wentzingerstraße 19, 79106 Freiburg“ ersetzt.

37. **XXIII/2**

37.1

In Absatz 1 Buchstabe f bb) werden nach dem Wort „Insolvenzverfahren“ die Wörter „, einschließlich der Eröffnungsverfahren,“ eingefügt.

37.2

In Absatz 1 Buchstabe f cc) wird die Angabe „§ 63 GVGA“ durch die Angabe „§ 32 GVGA“ ersetzt.

37.3

Absatz 1 Buchstabe f dd) wird wie folgt gefasst:

„Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO oder § 284 Absatz 7 Satz 4 AO und Anträge auf Haftanordnung nach § 802g Absatz 1 ZPO sowie die hierzu ergangenen Entscheidungen;“

37.4

In Absatz 1 Buchstabe f ee) wird die Angabe „§ 915 ZPO“ durch die Angabe „§ 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO oder § 26 Absatz 2 InsO“ ersetzt.

37.5

In Absatz 1 Buchstabe f ff) wird die Angabe „§ 909 ZPO“ durch die Angabe „§ 802g Absatz 2 ZPO“ ersetzt.

**38. XXIII/4**

38.1

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Mitteilungspflichtige Stelle für die Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO und § 284 Absatz 7 Satz 4 AO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die das Vermögensverzeichnis hinterlegende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird das Vermögensverzeichnis gemäß § 802f Absatz 6 ZPO von einem Gerichtsvollzieher hinterlegt, setzt er nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 5 Absatz 2 Satz 3 VermVV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis.“

38.2

Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Mitteilungspflichtige Stelle für Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO und § 26 Absatz 2 InsO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis anordnende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird eine Eintragung gemäß § 882c ZPO von einem Gerichtsvollzieher oder gemäß § 26 Absatz 2 InsO von dem Insolvenzgericht angeordnet, setzt die anordnende Stelle nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 3 Absatz 2 Satz 2 SchuFV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis. Mitgeteilt wird nur der Inhalt der Eintragung sowie die absendende Stelle.“

38.3

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

38.4

Dieser Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- a) Die Nummer 4. wird gestrichen.
- b) Die bisherige Nummer 5. wird die Nummer 4.
- c) Die bisherige Nummer 6. wird die Nummer 5.
- d) In dieser Nummer 5. werden die Wörter „Der Präsident des Deutschen Patent- und Markenamts“ durch die Wörter „Deutsches Patent- und Markenamt“ ersetzt.

38.5

In der **Anmerkung 1)** für **Baden-Württemberg** wird bei der Rechtsanwaltskammer Freiburg die Angabe „Gartenstraße 21“ durch die Angabe „Bertoldstraße 44“ ersetzt.

38.6

In der **Anmerkung 2)** für **Rheinland-Pfalz** wird bei der Notarkammer Pfalz die Angabe „Am Altenhof 17, 67655 Kaiserslautern“ durch die Angabe „Bahnhofstraße 4, 76726 Germersheim“ ersetzt.

39. **XXIV/2**

39.1

In Absatz 1 Buchstabe f bb) werden nach dem Wort „Insolvenzverfahren“ die Wörter „, einschließlich der Eröffnungsverfahren,“ eingefügt.

39.2

In Absatz 1 Buchstabe f cc) wird die Angabe „§ 63 GVGA“ durch die Angabe „§ 32 GVGA“ ersetzt.

39.3

Absatz 1 Buchstabe f dd) wird wie folgt gefasst:

„Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO oder § 284 Absatz 7 Satz 4 AO und Anträge auf Haftanordnung nach § 802g Absatz 1 ZPO sowie die hierzu ergangenen Entscheidungen;“

39.4

In Absatz 1 Buchstabe f ee) wird die Angabe „§ 915 ZPO“ durch die Angabe „§ 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO oder § 26 Absatz 2 InsO“ ersetzt.

39.5

In Absatz 1 Buchstabe f ff) wird die Angabe „§ 909 ZPO“ durch die Angabe „§ 802g Absatz 2 ZPO“ ersetzt.

40. **XXIV/4**

40.1

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Mitteilungspflichtige Stelle für die Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO und § 284 Absatz 7 Satz 4 AO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die das Vermögensverzeichnis hinterlegende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird das Vermögensverzeichnis gemäß § 802f Absatz 6 ZPO von einem Gerichtsvollzieher hinterlegt, setzt er nach Erhalt der Eintragungsmittteilung (§ 5 Absatz 2 Satz 3 VermVV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis.“

40.2

Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Mitteilungspflichtige Stelle für Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO und § 26 Absatz 2 InsO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis anordnende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird eine Eintragung gemäß § 882c ZPO von einem Gerichtsvollzieher oder gemäß § 26 Absatz 2 InsO von dem Insolvenzgericht angeordnet, setzt die anordnende Stelle nach Erhalt der Eintragungsmittteilung (§ 3 Absatz 2 Satz 2 SchuFV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis. Mitgeteilt wird nur der Inhalt der Eintragung sowie die absendende Stelle.“

40.3

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

41. **XXV/1**

41.1

In Absatz 1 Buchstabe f bb) werden nach dem Wort „Insolvenzverfahren“ die Wörter „, einschließlich der Eröffnungsverfahren,“ eingefügt.

41.2

In Absatz 1 Buchstabe f cc) wird die Angabe „§ 63 GVGA“ durch die Angabe „§ 32 GVGA“ ersetzt.

41.3

Absatz 1 Buchstabe f dd) wird wie folgt gefasst:

„Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO oder § 284 Absatz 7 Satz 4 AO und Anträge auf Haftanordnung nach § 802g Absatz 1 ZPO sowie die hierzu ergangenen Entscheidungen;“

41.4

In Absatz 1 Buchstabe f ee) wird die Angabe „§ 915 ZPO“ durch die Angabe „§ 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO oder § 26 Absatz 2 InsO“ ersetzt.

41.5

In Absatz 1 Buchstabe f ff) wird die Angabe „§ 909 ZPO“ durch die Angabe „§ 802g Absatz 2 ZPO“ ersetzt.

42. **XXV/3**

42.1

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Mitteilungspflichtige Stelle für die Hinterlegung von Vermögensverzeichnissen nach § 802f Absatz 6 ZPO und § 284 Absatz 7 Satz 4 AO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die das Vermögensverzeichnis hinterlegende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird das Vermögensverzeichnis gemäß § 802f Absatz 6 ZPO von einem Gerichtsvollzieher hinterlegt, setzt er nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 5 Absatz 2 Satz 3 VermVV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis.“

42.2

Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Mitteilungspflichtige Stelle für Eintragungen in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c ZPO, § 284 Absatz 9 AO und § 26 Absatz 2 InsO ist das zentrale Vollstreckungsgericht. Eine Mitteilung muss nur ergehen, soweit die die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis anordnende Stelle das zentrale Vollstreckungsgericht über den Mitteilungsfall gesondert in Kenntnis setzt. Wird eine Eintragung gemäß § 882c ZPO von einem Gerichtsvollzieher oder gemäß § 26 Absatz 2 InsO von dem Insolvenzgericht angeordnet, setzt die anordnende Stelle nach Erhalt der Eintragungsmitteilung (§ 3 Absatz 2 Satz 2 SchuFV) das zentrale Vollstreckungsgericht unter Angabe der Verfahrensnummer über eine aus der Eintragung resultierende Mitteilungspflicht in Kenntnis. Mitgeteilt wird nur der Inhalt der Eintragung sowie die absendende Stelle.“

42.3

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

42.4

In der **Anmerkung** für **Brandenburg** wird vor dem Wort „Finanzamt“ das Wort „Technisches“ eingefügt.

42.5

In der **Anmerkung** für das **Saarland** werden die Wörter „der Finanzen des Saarlandes“ durch die Wörter „für Finanzen und Europa“ ersetzt.

42.6

Die **Anmerkung** für **Sachsen-Anhalt** wird wie folgt gefasst:

„in **Sachsen-Anhalt**:

- bis zum 31. Dezember 2014:  
Oberfinanzdirektion Magdeburg  
Otto-von-Guericke-Straße 4  
39104 Magdeburg
- ab dem 1. Januar 2015:  
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt  
Editharing 40  
39108 Magdeburg“

II.

Diese AV tritt am 1. Oktober 2014 in Kraft.

**Nr. 20. Justiz-Kostenmarkenordnung (JKMO)**  
**AV d. JM vom 25. August 2014**  
**(5250 - Z. 9) - JMBl. NRW S. 233 -**

Die AV d. JM vom 10. April 1989 (5250 - I B. 9) - JMBl. NRW S. 109 -, zuletzt geändert durch AV d. JM vom 8. Juli 2005 (5250 - Z. 9) - JMBl. NRW S. 190 -, wird aufgehoben.

**Bekanntmachungen**

**Nr. 27. Anerkennung von Gütestellen gemäß § 45 JustG NRW**  
**Bekanntmachung d. JM vom 26. August 2014**  
**(3180 - II. 32) - JMBl. NRW S. 233 -**

Der Präsident des Oberlandesgerichts Hamm hat folgende Gütestellen gemäß § 45 JustG NRW anerkannt:

Rechtsanwältin Susanne Puklowski-Heiermann, Kreisstraße 59, 59379 Selm  
Tel.: 02592/9191430  
Fax: 02592/9191439  
E-Mail: info@hph-rechtsanwaelte.de

**Personalnachrichten**

**Justizministerium**

Ernannt:

z. **Amtsärztin**: Justizamtsärztin Birgit Franz; z. **Regierungsamtfrau/-amtmann**: Justizamtfrau Martina Eisenberg u. Justizoberinspektor/in Manuel Beetz u. Jana Schmitz.

## OLG-Bezirk Düsseldorf

### Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am OLG**: Direktor des AG - BesGr. R 2 m. AZ - Michael Dittmann aus Velbert; z. **Richterin am LG**: Richterin Julia Adamhanoglu in Kleve; z. **Richter/in am AG**: Vorsitzender Richter am LG Ralf Wernscheid aus Düsseldorf in Langenfeld, Richter/in Christina Kessel in Mönchengladbach-Rheydt u. Malek Gharaibeh in Solingen; z. **Justizoberamtsrätin**: Justizamtsrätin Ulrike Hülder in Krefeld; z. **Justizamtsrat**: Justizamtsfrau/-amtmann Markus Barten, u. Jutta Grundheber in Duisburg, Christine Stemmer aus Wuppertal.

Versetzt:

Richterin am AG Wiebke Meyburg aus Mönchengladbach nach Grevenbroich.

Ruhestand:

Justizamtsinspektorin Marlies Hopp aus Wesel, Elfriede Wagner aus Kleve und Gisela Höster aus Mönchengladbach; Erster Justizhauptwachtmeister A 6 Dietrich Debras in Erkelenz; Obergerichtsvollzieher - BesGr. A 9 m. AZ. - Herbert Stürmann in Neuss und Hans-Günter Kusch in Wesel.

### Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Jan-Martin Feldmann in Düsseldorf u. Fabian Novara in Mönchengladbach.

### Staatsanwaltschaften

Ruhestand:

Staatsanwältin Christiane Jablonowski in Krefeld.

Ausgeschieden:

Justizobersekretärin Daniela Much in Wuppertal.

### Rechtsanwältinnen u. Rechtsanwälte

Neuzulassungen u .Übernahmen aus anderen Kammerbezirken:

Martin Dittrich, Karoline Ossowski in Duisburg, Tim Bremke, Anna-Katharina Busolt, Hülya Cektinkaya, Gerrit van Dyken, David Marius Emmerich, Dr. Maik Fettes, Anne Filzmoser, LL.M., (Bristol), Timo Frisch, Moritz Härdle, Dr. Olaf Hiebert, Johannes Höring, Dr. Jan Huylmans, Benedikt Karla, LL.M., Nora Kovacova, Michaela Kusch, Melanie Lackmann, Florian Maas, Julian Menze, Alice Mlodzieniewski, Dr. Patrick Müller, LL.M., Dr. Nora Ewurabena Bordor Otoo, Katja Pesch, Dr. Martin Quabeck, Anja Raabe, Christian Wilhelm Rebbert, Marie-Christine Reeck, David Rieks, LL.M., Patrick Rivet, Dr. Tilman Rosse, Matthias Schmidt, LL.M., Thomas Schneiders, Patrick Solberg, Philipp Strecker, Dr. Hubertus Alexander Stuttmann, Tim Timmer, René Udvari, Ines Ullrich, Christiane Wilhelm, in Düsseldorf, Anke Elsenbusch in Emmerich, Prof. Ulf Pallme König in Haan, Karola Rosenberg in Krefeld, Angela Schneider in Langenfeld,

Friedrich-Wilhelm von Detten in Mettmann, Christian Behn in Neuss, Ralf Beuth in Oberhausen, Holger Fockenrath in Ratingen.

Gelöscht:

Kristina Neven-Daroussis, Esther Pfahler, LL.M., Karsten Melzer, Felix Schreiber, LL.M., Tilman Franken, Hans-Georg Schürmann, Dr. H.Jochen Krieger, Katharina Herfen, Ferdinand Frhr.v. Hodenberg, Birgit Neubert, LL.M., Dr. Philipp Baums, Alexander Jan Beyer, Wolfram B. Joppich, LL.M., Stefan Kerstens, Dr. Susanne Punsman, Matthias Uhlmann, Dr. Clemens Eggert, Anna Berenika Proszczek, Marc Quandel, Silke Schäfer, Dr. Peter Jousen, Christine Wolfram, Andreas Bollig, Michael Khalil, Markus Cichy, Dr. Henrik Holzapfel, Jochen Schmidt, Clemens Bartsch, Christina Rasch, Sascha Marcel Berg, Silke Felkl, Désirée Rosenberger, Dr. Stefan Sundermann, Christof Taube, Murray Alexander Whyte, Christoph Wolters, Rüdiger Langenbach.

## **OLG-Bezirk Hamm**

### **Gerichte**

Ernannt:

z. **Richterin am AG**: Richterin Anna Arens in Brilon.

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am LG Norbert Weber in Essen u. Direktor des Amtsgerichts Dieter Wißmann in Halle, Justizoberamtsrat - BesGr. A 13 m. AZ - Norbert Meerhoff in Herford, Justizamtsinspektor - BesGr. A 9 m. AZ - Manfred Berlin in Münster, Justizamtsinspektorin Gudrun Zerfass in Lippstadt, Justizhauptsekretär Frank Sauerwein in Hagen.

### **Richterinnen/Richter auf Probe**

Ernannt:

Assessor/in Christina Hövelmann und Felix Strauch.

### **Staatsanwaltschaften**

Ernannt:

z. **Staatsanwältin**: Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Kira Dulige in Paderborn; z. **Oberamtsanwalt**: Amtsanwalt Markus Jochheim in Dortmund, z. **Justizamtsinspektor**: Justizhauptsekretär Dieter Klein in Dortmund, z. **Justizhauptsekretärin**: Justizobersekretärin Nina Franke und Eva Reuter in Hagen.

Ruhestand:

Oberstaatsanwalt - als der ständige Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin/eines Leitenden Oberstaatsanwalts - (BesGr. R 2 m. AZ) Klemens Mehrer in Siegen, Oberamtsanwalt Hans Ulrich Saake in Paderborn.

## Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Aufnahmen aus anderen Kammerbezirken:

Andreas Bollig (bisher RAK Düsseldorf) in Essen.

Löschungen als Rechtsanwalt:

Rainer Eckmann in Bielefeld, Klaudia Kunze in Essen, Wolfgang Fahlberg in Münster, Christoph Ewers, LL.M. in Langenberg, Mirco Schwettmann in Bielefeld, Matthias Güssgen in Dortmund, Nermin Köklüce in Bielefeld, Ursula Michalke in Münster, Philip Haferkamp in Bocholt, Stephanie Haase in Arnsberg, Dr. Pamela Hölbling, LL.M. in Essen, Jörg Bühler in Werther.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Dr. Dagmar Sprung in Münster, Pierre Scavio in Werne, Silke Bastek, LL.M. in Essen, Heinrich Beckmann in Hilchenbach, Marcus Krug, LL.M. in Münster.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Rainer Eckmann in Bielefeld, Johannes Orthbandt in Bad Oeynhau-  
sen, Paul Härle in Datteln, Gunter Petschelt in Bochum, Rolf Thiele in Herten,  
Dieter Eickelpasch in Steinfurt.

Entlassen aus dem Notaramt:

Rechtsanwalt und Notar Dr. Burghard Piltz in Gütersloh.

## OLG-Bezirk Köln

### Gerichte

Ernannt:

z. **Richter am LG**: Richter Dr. Klaus Michael Mühlfeld in Bonn; z. **Richter am AG**: Richter Dr. Christian Siegfried Schneider in Aachen; z. **Justizamtfrau/-amtmann**: Justizoberinspektor/in Nicole Pitz u. Günter Toebe in Köln; z. **Sozialamtfrau/-amtmann**: Sozialoberinspektor/in Michael Offergeld in Aachen, Sabine Rehm in Bonn, Marita Barthel u. Hanna Schöneborn in Köln; z. **Sozialoberinspektor/in**: Sozialinspektor/in Miriam Blüchel u. Martin Maurer in Köln; z. **Justizobersekretärin**: Justizsekretärin Sandra Rodrigues Pereira in Köln; z. **Ersten Justizhauptwachtmeister/in**: Justizhauptwachtmeister/in Tanja Hannen in Köln u. Marco Cremer in Euskirchen.

Versetzt:

Richterin am LG Katrin Kreidt aus Köln nach Bonn.

Ausgeschieden:

Richter am AG Prof. Dr. Kai Schulte-Bunert in Köln.

Ruhestand:

Richter am LG Ralf Killian in Bonn, Richter am AG Friedrich Heuck in Köln, Justizamtsrätin Anedore Tennstädt in Köln, Obergerichtsvollzieher/in Monika Thiel, Werner Burghof in Bergisch Gladbach u. Walter Trowartz in Geilenkirchen, Justizamtsinspektor Johannes Franzen in Brühl, Justizhauptsekretär/in Angelika Schmitter in Köln u. Reiner Hospes in Bonn, Justizobersekretärin Karin Klara Limbach in Bonn.

### **Richterinnen/Richter auf Probe**

Ernannt:

Assessor/in Maike Verena Bauer, Britta Kerstin Baumeister, Dr. Mareike Herrmann, Katharina Hoferichter, Barbara Hüntten, Clémentine Johanna Valérie Kindler, Sarah Ohl, Evelyn Erika Schiek, Caterina Vernia, Dr. Ulrich Bartl u. Ron Michael Groeger.

### **Staatsanwaltschaften:**

Ernannt:

z. **Oberstaatsanwältin:** Staatsanwältin Andrea Soboll in Bonn, z. **Amtsanwalt/-anwältin:** Justizoberinspektor/in Christina Kutsch u. Anja Overesch in Aachen, Jens-Willi Peter Ivens u. Brigitte Regina Lauterbach in Bonn, Oliver Jonen in Köln, Justizinspektor Tobias Gerlach in Köln

Versetzt:

Oberstaatsanwältin Monika Volkhausen v. d. GStA nach Bonn.

Ruhestand:

Justizamtsrätinnen Christine Auguste Knecht u. Ursel Molzberger in Köln.

## **LSG und Sozialgerichte**

Ernannt:

z. **Richter/in am SG:** Richter/in Serhat Ortac in Detmold, Simon Löcken in Gelsenkirchen, Simone Goltz u. Thomas Reuter in Köln, Tammo Lange in Münster; z. **Regierungsamtsinspektorin** - BesGr. A 9 mit AZ -: Regierungsamtsinspektorin Ursula Pulina in Duisburg; z. **Regierungssekretär/in:** Dennis Amian in Aachen, Marina van Briel u. Sarah Siebers in Essen.

Versetzt:

Richterin am AG Sandra Langer vom Amtsgericht Rheinberg als Richterin am SG an das Sozialgericht Düsseldorf.

Ruhestand:

Richterin am SG Marlene Teusz in Köln.

### **Richterin auf Probe**

Ernannt:

Swantje Friederike Besecke.

## Finanzgerichte

Ruhestand:

Regierungsamtsinspektor - BesGr A 9 m. AZ. - Ingo Schütze in Köln.

## Justizvollzug

Ernannt:

z. **Regierungsdirektor**: Oberregierungsrat Martin van Wesel in Gelsenkirchen; z. **Technischen Oberinspektor**: Betriebsinspektor - BesGr. A 9 m. AZ -Eckhard Ullenboom in Geldern u. Erwin Glinski in Rheinbach; z. **Regierungsoberinspektor/in**: Regierungsinspektor/in Nina Langer in Dortmund u. Marcus Andrzejewski in Heinsberg; z. Technischen Oberinspektor: z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in**: Justizvollzugshauptsekretär/in Christiane Eickelmann-Stockel in Castrop-Rauxel, Frank Roche in Detmold u. Frank Lewin in Essen; z. **Betriebsinspektor**: Hauptwerkmeister Dirk Friedemann in Bielefeld-Brackwede, Dieter Haffmans in Geldern u. Wolfgang Egerding in Kleve; z. **Justizvollzugshauptsekretär/in**: Justizvollzugsoberssekretär/in Marina Voda in Castrop-Rauxel, Matthias Porsch in Hamm u. Christian Bongard in Hövelhof; z. **Hauptwerkmeister**: Oberwerkmeister Silvio Bernsee in Bielefeld-Brackwede, Thomas Broska, Jens Neuenhoff in Geldern u. Martin Klein in Rheinbach.

Ruhestand:

Oberregierungsrat Winfried Oelker in Werl, Justizvollzugsamtmann Ulrich Stoffer in Werl, Justizvollzugsamtsinspektor Willi Brees und Horst Bock in Aachen, Norbert Schoenen, Arnold Oldinius u Artur Craß in Heinsberg Norbert Bentler in Hövelhof, Justizvollzugshauptsekretär Bernhard Makowski in Castrop-Rauxel u. Franz-Josef Auge in Hövelhof, Thorsten Dußling u. Michael Freiwald in Kleve.

## Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Die Besetzungsverfahren bezüglich der nachfolgend ausgeschriebenen Stellen werden nach Maßgabe der derzeitigen haushaltsrechtlichen Vorgaben des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- 1 Generalstaatsanwältin o. Generalstaatsanwalt (R 6) b. d. GStA in Düsseldorf
- 1 Vizepräsidentin o. Vizepräsident d. LAG (R 3 m. AZ.) in Köln
- 1 Direktorin o. Direktor d AG (R 2) in Emmerich
- 1 Vors. RichterIn o. Vors. Richter d LG (R 2) in Köln
- 1 Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Dortmund
- 1 RichterIn oder Richter am AG - als d. std. Vertr. e. Dir. - (R 2) b. d. AG Duisburg
- 2 RichterIn o. Richter am OVG (R 2) nebst einer weiteren Stelle f. e. RichterIn o. Richter am OVG (R 2) in Münster für eine/n an eine Behörde o. ein Gericht außerhalb der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes abgeordnete/n RichterIn o. Richter  
- am Auswahlverfahren nehmen ausschließlich im richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen stehende Bewerberinnen und Bewerber teil -
- 1 Staatsanwältin o. Staatsanwalt als Gruppenleiter/in (R 1 m. AZ.) b. d. StA in Paderborn
- 1 RichterIn o. Richter am AG in Marl
- 1 RichterIn o. Richter am LG in Krefeld
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG in Essen
- 2 RichterIn o. Richter am VG in Arnsberg
- 1 RichterIn o. Richter am VG in Düsseldorf
- 1 RichterIn o. Richter am VG in Gelsenkirchen
- 2 RichterIn o. Richter am VG in Münster
- 1 RichterIn o. Richter am SG in Detmold
- 1 Staatsanwältin o. Staatsanwalt in Dortmund für die Ernennung im Eingangssamt von Richterinnen/Richtern auf Probe aus dem Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft Hamm
- 1 o. mehrere Regierungsrat o. Regierungsrätin - fliegend - f. d. Geschäftsleiter/-innen der Land- und Amtsgerichte im Geschäftsbereich des Oberlandesgerichts Hamm sowie f. d. Sachgebietsleiter/-innen des Oberlandesgerichts Hamm. Die Ausschreibung wendet sich nur an Justizoberamtsräte/-rätinnen, denen ein auch einer Besoldungsgruppe des höheren Dienstes zugeordneter Dienstposten bereits endgültig übertragen ist.
- 1 o. mehrere Justizamtsrat/-rätin - Rechtspfleger/in, d. überwiegend Aufgaben innerh. d. Sonderschlüssels wahrn. - im LG-Bezirk Kleve

- 1                    Regierungsamtsrätin o. Regierungsamtsrat - Leiter/in der Haushalts- und Liegenschaftsabteilung (LBK) - b. d. JVA Köln  
- die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Köln angefordert werden -
- 1 o. mehrere        Justizamtfrau o. Justizamtmann - Sachbearbeiter/in in Justizverwaltungssachen - b. d. LG Bonn
- 1                    Regierungsamtsfrau o. Regierungsamtmann - Stellvertretende/r Leiter/in für den Bereich Sicherheit & Ordnung - b. d. JVA Köln  
- die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin d. JVA Köln angefordert werden -
- 1                    Sozialamtfrau o. Sozialamtmann b. d. JVA Aachen  
- das Anforderungsprofil kann bei der Leiterin der JVA Aachen angefordert werden -
- 1 o. mehrere        Justizoberinspektorin o. Justizoberinspektor- Rechtspfleger/in, d. Aufgaben innerh. o. außerhalb d. Sonderschlüssels wahrn. - im OLG-Bez. Düsseldorf
- 1                    Technische Oberinspektorin o. Technischer Oberinspektor - Leiter/in des Werkdienstes - b. d. JVA Herford  
- das Anforderungsprofil kann beim Leiter der JVA Herford angefordert werden -
- mehrere            Regierungsoberinspektorin o. Regierungsoberinspektor b. d. JVA Köln
- 1                    Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.)  
- Bereichsleiter/in Pflegeabteilung - b. d. JVA Hövelhof  
- das Anforderungsprofil kann bei der Leiterin der JVA Hövelhof angefordert werden -
- 1                    Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) -  
Kammerleiter - b. d. JVA Hagen -  
- das Anforderungsprofil kann bei der Leiterin der JVA Hagen angefordert werden -
- 1                    Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) -  
stellvertr. Leiterin/ stellvertr. Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes - bei  
der JVA Münster  
- das Anforderungsprofil kann bei der Leiterin der JVA Münster angefordert werden -
- 1                    Betriebsinspektorin o. Betriebsinspektor (A 9 m. AZ.) - Stellvertr. Werkdienst-  
leiterin/ stellvertr. Werkdienstleiter - bei der JVA Münster  
- das Anforderungsprofil kann bei der Leiterin der JVA Münster angefordert werden -
- 1                    Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 - A 9 m.  
AZ) - stellv. Leiter/in des allgemeinen Vollzugsdienstes - b. d. JVA Bielefeld-  
Senne  
- das Anforderungsprofil kann bei dem Leiter der JVA Bielefeld-Senne angefordert werden -
- 1                    Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) –  
Bereichsleiter/-in - b. d. JVA Rheinbach  
-die Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil können bei dem Leiter  
d. JVA Rheinbach angefordert werden-

mehrere	Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor b. d. JVA Bielefeld-Senne
1	Betriebsinspektorin o. Betriebsinspektor b. d. JVA Bielefeld-Senne
mehrere	Hauptwerkmeisterin o. Hauptwerkmeister b. d. JVA Bielefeld-Senne
1	Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 6) - Leiter/in d. Wachtmeisterei - b. d. StA Bonn
mehrere	Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) - fliegend - im OLG-Bez. Düsseldorf
je 1	Notarin o. Notar in Düsseldorf, Kerpen, Köln, Remscheid und Velbert.

Bewerbungen um die vorstehenden Ausschreibungen f. Notarinnen u. Notare sind bis zum 1. Oktober 2014 einzureichen. Das Datum des voraussichtlichen Amtsantritts im Sinne des § 6b Abs. 4 Satz 2 BNotO i.V.m. § 2 Abs. 3 Satz 4 AVNot NRW ist bei den Notarstellen in Düsseldorf, Kerpen und Köln jeweils der 1. Februar 2015, bei der Notarstelle in Velbert der 1. April 2015 und bei der Notarstelle in Remscheid der 1. August 2015. Bewerbungen sind gemäß § 11 AVNot NRW an die Präsidentin oder den Präsidenten des Oberlandesgerichts zu richten, zu deren oder dessen Bezirk der in Aussicht genommene Amtssitz gehört.

#### **Verwaltungsleiter/in b. d. JVA Bielefeld-Senne**

Bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne ist der Dienstposten für die Verwaltungsleiterin oder den Verwaltungsleiter zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 13 g.D. bis A 14 h.D. BBesO i.d.F. d. ÜBesG NRW zugeordnet. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden.

#### **Verwaltungsleiter/in b. d. JVA Rheinbach**

Bei der Justizvollzugsanstalt Rheinbach ist der Dienstposten für die Verwaltungsleiterin oder den Verwaltungsleiter zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 12 bis A 13 g.D. BBesO i.d.F. d. ÜBesG NRW zugeordnet. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden.

#### **Leiter/in des Krankenpflegedienstes bei der JVA Bochum**

Bei der Justizvollzugsanstalt Bochum ist die Funktion der Leitung des Krankenpflegedienstes zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 9 / A 9 m. Az. zugeordnet. Bewerbungen von Tarifbeschäftigten sind möglich. Das Anforderungsprofil kann beim Leiter der JVA Bochum angefordert werden.

#### **Rücknahmen:**

Folgende Ausschreibung wird zurückgenommen:

mehrere	JAmtsrat/-rätin b. e. StA im GStA-Bez. Düsseldorf (JMBl. NRW Nr. 20 vom 15. Oktober 2013)
mehrere	Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9) b. d. JVA Bielefeld-Senne (JMBl. NRW Nr. 5 v. 1. März 2014)